



Der  
Rechnungshof

Unabhängig. Objektiv. Wirksam.

Dampfschiffstraße 2  
A-1033 Wien  
Postfach 240

Tel. +43 (1) 711 71 - 0  
Fax +43 (1) 712 94 25  
[office@rechnungshof.gv.at](mailto:office@rechnungshof.gv.at)

## **RECHNUNGSHOFBERICHT**

Vorlage vom 21.04.2010

### **BUNDESRECHNUNGSABSCHLUSS FÜR DAS JAHR 2009 – 1. TEIL**

Im Finanzjahr 2009 lagen die tatsächlichen Ausgaben mit 69,456 Mrd. EUR um 8,014 Mrd. EUR und die tatsächlichen Einnahmen mit 62,371 Mrd. EUR um 1,514 Mrd. EUR niedriger als im Bundesvoranschlag angenommen. Daraus ergab sich ein endgültiger Abgang von 7,086 Mrd. EUR. Der für die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen notwendigerweise positive Primärsaldo des Bundes war im Haushaltsjahr 2009 negativ (-5,366 Mrd. EUR). Das bedeutet, dass der Bund nicht nur den Zinsaufwand, sondern auch die operativen Ausgaben durch weitere Schulden finanzieren musste.

Das gesamtstaatliche Defizit (Maastricht-Defizit) stieg 2009 von 1,232 Mrd. EUR auf 9,496 Mrd. EUR (3,43 % des BIP). Alle Gebietskörperschaftsebenen trugen mit ihren Defiziten dazu bei (Bundessektor 7,555 Mrd. EUR, Länder (ohne Wien) 1,342 Mrd. EUR, Gemeinden (einschl. Wien) 0,741 Mrd. EUR). Die Sozialversicherungsträger konnten einen Überschuss von +0,144 Mrd. EUR erwirtschaften.

Die Verschuldung des Staates stieg um 7,561 Mrd. EUR auf 184,105 Mrd. EUR (66,49 % des BIP). Die Nettofinanzschulden des Bundes stiegen von 167,923 Mrd. EUR im Jahr 2008 auf 178,077 Mrd. EUR im Jahr 2009. Die gesamten Bundesschulden überschritten mit 200,320 Mrd. EUR erstmals die 200-Milliarden-Marke. Der Nettozinsaufwand für langfristige Finanzschulden betrug 6,719 Mrd. EUR. Die Einnahmenquote betrug 22,5 % des BIP und die Ausgabenquote 25,1 % des BIP.

Das Haushaltsjahr 2009 war gekennzeichnet durch die Finanz- und Wirtschaftskrise; das reale BIP schrumpfte um 3,6 % (pos. Wachstum 2008: +2,0 %) und die Arbeitslosenquoten stiegen von 5,8 % auf 7,2 % (nationale Definition) bzw. von 3,8 % auf 4,8 % (internationale Definition) an. Die Exporte (-15,5 %) und Importe (-13,6 %) brachen massiv ein. Auch die Bruttoinvestitionen waren rückläufig (-9,3 %). Im Gegensatz zu anderen EU-Staaten war das Konsumwachstum (+0,6 %) in Österreich dennoch positiv. Das nominelle BIP-Wachstum lag mit -1,8 % um 1,1 Prozentpunkte unter dem im Bundesvoranschlag mit -0,7 % angenommenen Wert.

Im Hinblick auf die Schere zwischen Einnahmenquote und Ausgabenquote (2,6 Prozentpunkte), die Verschuldung des Staates (184,105 Mrd. EUR), die Verpflichtungen des Bundes (brutto 108,480 Mrd. EUR), den Stand der Haftungen (124,479 Mrd. EUR) sowie insbesondere den negativen Primärsaldo des Bundes (-5,366 Mrd. EUR) hält der RH strukturelle Konsolidierungsmaßnahmen - insbesondere im Rahmen des Verwaltungsreformprozesses - zur Erreichung einer nachhaltigen Budgetsanierung für unabdingbar. Auch der ECOFIN wies in seiner Stellungnahme zum Stabilitätsprogramm 2009 bis 2013 auf den Reformbedarf im Bildungs- und Gesundheitsbereich hin und mahnte konkrete Maßnahmen ein.

## 1. ALLGEMEINE BEMERKUNGEN

Gemäß Art. 121 Abs. 2 B-VG ist der Bundesrechnungsabschluss vom RH zu verfassen und dem Nationalrat vorzulegen. Die Vorlage des (endgültigen) Bundesrechnungsabschlusses für das Jahr 2009 hat gemäß § 9 Abs. 1 RHG (wie bisher) bis 30. September 2010 zu erfolgen.

Die Bundesregierung hat gemäß § 12 BHG bis 30. April 2010 einen Gesetzesentwurf für den künftigen Bundesfinanzrahmen dem Nationalrat vorzulegen. Bis spätestens 31. März hat der Bundesminister für Finanzen jährlich dem Nationalrat die Einnahmen und Ausgaben des abgelaufenen Finanzjahres in der Gliederung des Bundesvoranschlags zu übermitteln. Hierbei handelt es sich um ein vorläufiges, vom RH noch ungeprüftes Ergebnis (vorläufiger Gebarungserfolg gemäß § 37b BHG).

Für die bevorstehende parlamentarische Beratung des Bundesfinanzrahmengesetzes 2011 bis 2014 legt der RH daher heuer erstmals geprüfte Daten des Gebarungserfolges des abgelaufenen Finanzjahres in Form der geprüften voranschlagswirksamen Verrechnung vor - Bundesrechnungsabschluss für das Jahr 2009 - 1. Teil (Voranschlagsvergleichsrechnung Stand 31. März 2010).

Ziel des Berichts ist die Darstellung der Voranschlagsvergleichsrechnung des Bundes in der neuen Haushaltsgliederung (Zahlenteil) mit Erläuterungen und Analysen (Textteil) sowie eine gesamtwirtschaftliche Darstellung der Haushaltsführung des Bundes, um damit geprüfte Zahlen des abgelaufenen Haushaltsjahres sowie fundierte Analysen für die parlamentarische Debatte zur Verfügung zu stellen.

Die erste Etappe der Haushaltsrechtsreform brachte eine neue Gliederung des Bundeshaushalts in Rubriken und Untergliederungen. Die Einnahmen und Ausgaben werden weiterhin gemäß dem geltenden Bruttoprinzip ausgewiesen. Teilweise sind auch saldierte Darstellungen (netto) zulässig. Die Werte können daher von den in den Vorjahren veröffentlichten Angaben abweichen, erforderlichenfalls wurden aber sämtliche Vergleichszahlen im Bericht entsprechend angepasst. Das in diesem Bericht enthaltene Zahlenwerk beinhaltet allenfalls kaufmännische Auf- und Abrundungen.

## Kurzfassung

### 2. DER BUNDESHAUSHALT IM JAHR 2009

#### Wirtschaftliche Rahmenbedingungen bei der Budgeterstellung (TZ 2.2)

Die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen, die bei der Budgeterstellung herangezogen wurden, basierten auf der WIFO-März-Prognose 2009. Die Prognosewerte werden den Ist-Werten aus 2009 (Stand: März 2010) gegenübergestellt.

#### Wirtschaftliche Daten der Budgeterstellung

	Basis für Budgeterstellung (Wifo 3/09)	Ist-Werte 2009	Abweichung
Veränderung in %			
<b>Bruttoinlandsprodukt</b>			
real	- 2,2	- 3,6	- 1,4
nominell	- 0,7	- 1,8	- 1,1
nominell absolut (Mrd. EUR)	280,1	276,9	- 3,2
Verbraucherpreise	+ 0,6	+ 0,5	- 0,1
<b>Lohn- und Gehaltssumme, brutto</b>			
nominell	+ 1,3	+ 1,4	+ 0,1
pro Kopf, nominell	+ 2,7	+ 2,3	- 0,4
Unselbständig aktiv Beschäftigte	- 1,2	- 1,4	- 0,2
<b>Arbeitslose</b>			
in 1000 gegen das Vorjahr	+ 53,0	+ 48,1	- 4,9
in 1000	265,3	260,3	- 5,0
<b>Arbeitslosenquote</b>			
in % der unselbständig Beschäftigten	7,3	7,2	- 0,1

Quellen: Statistik Austria, Wifo

Das Wachstum der Verbraucherpreise (+0,5 %), das Wachstum der Brutto-lohn- und Gehaltssumme (+1,4 %) sowie die Zahl der Arbeitslosen (ca. 260.300 Personen, plus 48.100 gegenüber dem Vorjahr) bzw. die Arbeitslosenquote laut AMS (7,2 %) entwickelten sich besser als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen wurde.

Dagegen schrumpfte das BIP sowohl nominell (-1,8 %) als auch real (-3,6 %) stärker als dem BVA zugrunde gelegt wurde. Auch die Zahl der unselbstständig aktiv Beschäftigten (-1,4 %) nahm stärker ab als zum Zeitpunkt der Budgeterstellung angenommen wurde.

### Der Bundeshaushalt im Jahr 2009 (TZ 2.4)

#### Bundeshaushalt im Überblick

Erfolg	Voranschlag	Erfolg	Abweichung		Abweichung	
2008	2009	2009	Erfolg 2008 : Erfolg 2009		VA 2009 : Erfolg 2009	
in Mrd. EUR			in %		in Mrd. EUR	
					in %	

#### Allgemeiner Haushalt

Ausgaben	74,477	77,470	69,456	- 5,021	- 6,74	- 8,014	- 10,34
Einnahmen	64,913	63,884	62,371	- 2,543	- 3,92	- 1,514	- 2,37
<b>Saldo (Abgang)</b>	<b>- 9,564</b>	<b>- 13,586</b>	<b>- 7,086</b>	<b>+ 2,478</b>	<b>- 25,91</b>	<b>6,500</b>	<b>- 47,85</b>

#### Ausgleichshaushalt

Ausgaben	42,190	101,769	45,266	+ 3,075	+ 7,29	- 56,504	- 55,52
Einnahmen	51,755	115,355	52,351	+ 0,597	+ 1,15	- 63,004	- 54,62
<b>Saldo Überschuss)</b>	<b>9,564</b>	<b>13,586</b>	<b>7,086</b>	<b>- 2,478</b>	<b>- 25,91</b>	<b>- 6,500</b>	<b>- 47,85</b>

#### Gesamthaushalt

Ausgaben	116,668	179,239	114,722	- 1,946	- 1,67	- 64,517	- 36,00
Einnahmen	116,668	179,239	114,722	- 1,946	- 1,67	- 64,517	- 36,00
<b>Saldo</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>	<b>-</b>

Quelle: HIS

Im Vollzug lagen die Ausgaben des Allgemeinen Haushalts in Höhe von 69,456 Mrd. EUR im Jahr 2009 um 8,014 Mrd. EUR (-10,34 %) unter dem veranschlagten Betrag (77,470 Mrd. EUR) und um 5,021 Mrd. EUR (-6,74 %) unter dem Erfolg im Jahr 2008 (74,477 Mrd. EUR). Gleichzeitig blieben auch die Einnahmen des Allgemeinen Haushalts im Jahr 2009 unter dem Voranschlag und dem Erfolg des Vorjahres.

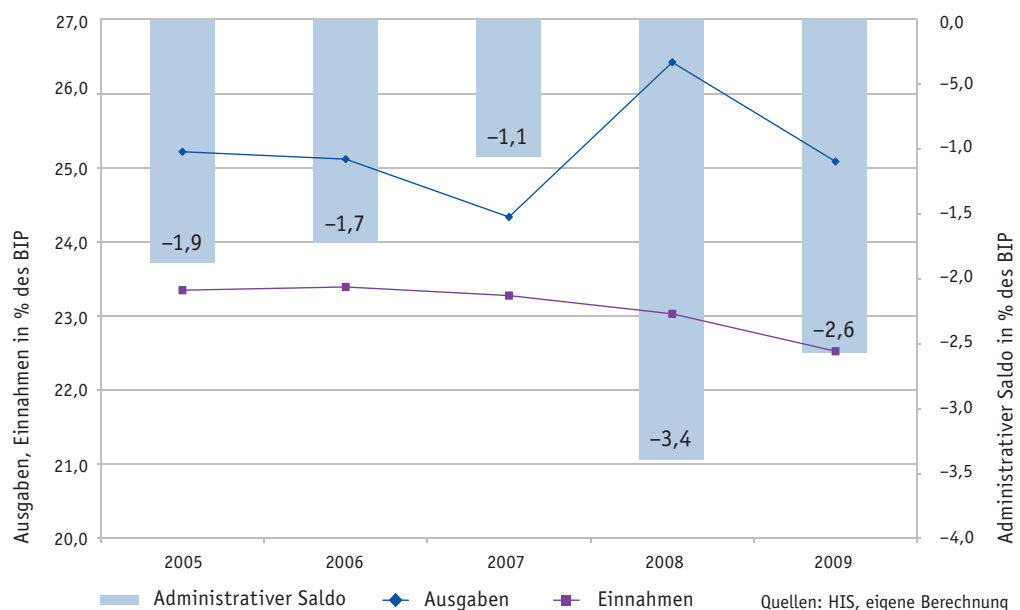
## Kurzfassung

Die Einnahmen von 62,371 Mrd. EUR im Jahr 2009 lagen um 1,514 Mrd. EUR (-2,37 %) unter dem Voranschlag (63,884 Mrd. EUR) und gingen gegenüber dem Erfolg im Jahr 2008 (64,913 Mrd. EUR) um 2,543 Mrd. EUR zurück (-3,92 %).

### Administrativer Saldo (Abgang) des Bundes

Der Abgang des Allgemeinen Haushalts betrug 7,086 Mrd. EUR im Jahr 2009 und war um 6,500 Mrd. EUR (-47,85 %) geringer als im Voranschlag (-13,586 Mrd. EUR) angenommen sowie um 2,478 Mrd. EUR (-25,91 %) geringer als der administrative Abgang im Jahr 2008 (-9,564 Mrd. EUR). Im Zeitraum 2005 bis 2009 stellt sich der administrative Abgang (in % des BIP) wie folgt dar:

### Entwicklung des Saldos des Bundes (in % des BIP)



Die Grafik zeigt auf der linken Skala die Einnahmen und Ausgaben in Prozent des BIP für die Jahre 2005 bis 2009. Die Differenz zwischen Einnahmen und Ausgaben ergibt den administrativen Saldo, welcher auf der rechten Skala dargestellt ist. Die Schere zwischen den Ausgaben und Einnahmen beträgt 2,6 % des BIP im Jahr 2009.

**Bedeutende Entwicklungen im Bundeshaushalt 2009 (TZ 2.5)**

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hatte einen bedeutenden Einfluss auf die Entwicklung des Bundeshaushalts im Jahr 2009. Die finanzielle Vorsorge für das Bankenhilfspaket wirkte sich auf den Haushaltssaldo aus und der Wirtschaftsabschwung machte sich besonders bei der Entwicklung der Abgabeneinnahmen, der Gebarung der Arbeitsmarktpolitik und dem Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung bemerkbar.

**Fiskalische Wirkungen der Finanzkrise**

Das „Bankenhilfspaket“ hatte einen wesentlichen Einfluss auf die administrativen Haushaltssalden der Finanzjahre 2008 und 2009. Bereits im Jahr 2008 wurde mit einer Schuldenaufnahme von 8,000 Mrd. EUR für die Bankenhilfe vorgesorgt, wovon 2008 aber nur ein geringer Betrag in Höhe von 0,900 Mrd. EUR in Anspruch genommen wurde. Der Rest wurde den Haushaltsrücklagen zugeführt, sodass es im Jahr 2008 zu einem starken Anstieg der Haushaltsrücklagen kam (+ 6,778 Mrd. EUR). Im Jahr 2008 lag daher der rücklagenbereinigte Abgang mit 2,786 Mrd. EUR deutlich unter dem administrativen Abgang des Allgemeinen Haushalts von 9,564 Mrd. EUR.

**Entwicklung des Abgangs**

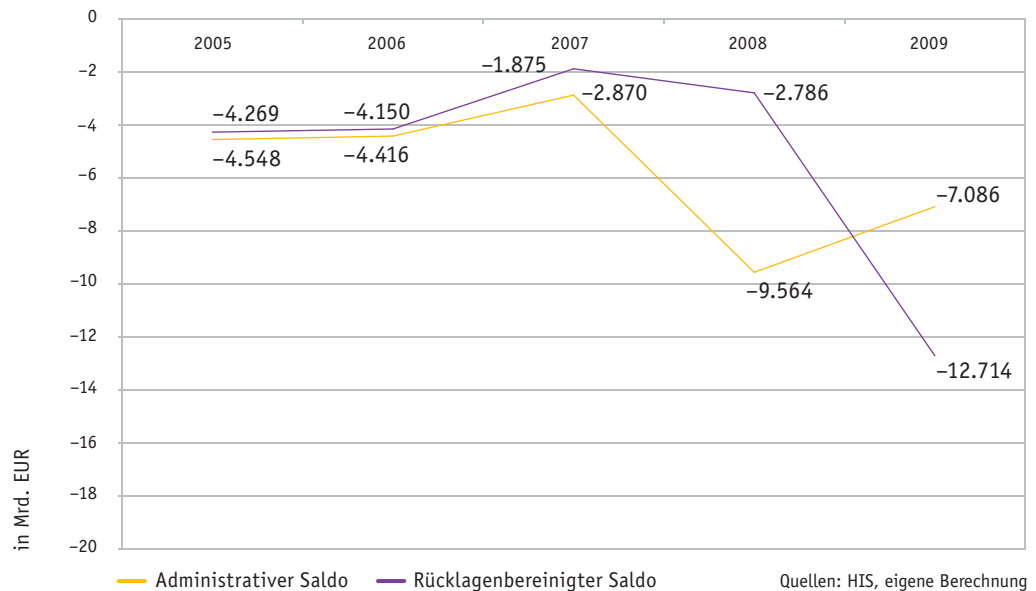
	Erfolg 2008	BVA 2009	Erfolg 2009	Abweichung Erfolg 2008 : Erfolg 2009		Abweichung VA 2009 : Erfolg 2009	
	in Mrd. EUR			in %		in Mrd. EUR	
							in %
Abgang des Allgemeinen Haushalts	- 9,564	-13,586	- 7,086	2,478	- 25,91	6,500	- 47,85
Veränderung der Rücklagen	6,778	- 5,840	- 5,629	- 12,407	- 183,04	0,211	- 3,61
Abgang des Allgemeinen Haushalts, bereinigt um Rücklagenbewegungen	- 2,786	-19,426	-12,714	- 9,929	+ 356,40	6,711	- 34,55

Quelle: HIS

Zur Bedeckung der Ausgaben gemäß Finanzmarktstabilitätsgesetz wurden im Jahr 2009 aus der Ausgleichsrücklage 4,835 Mrd. EUR für das Bankenhilfspaket verwendet. Insgesamt nahm die Summe der Haushaltsrücklagen um 5,629 Mrd. EUR ab. Der rücklagenbereinigte Abgang von 12,714 Mrd. EUR (2008: 2,786 Mrd. EUR) war im Jahr 2009 um 9,929 Mrd. EUR (+356,40 %) höher als im Jahr 2008.

## Kurzfassung

### Entwicklung des administrativen und des rücklagenbereinigten Saldos im Vergleich



### Entwicklung der Abgaben

Das negative reale Wachstum von -3,6 % bewirkte im Jahr 2009 einen massiven Einbruch (-7,61 %) der Steuereinnahmen. Zusätzlich minderte die Steuerreform 2009<sup>1</sup> die Einnahmen aus der Lohn- und Einkommensteuer (Volumen 2009 laut Budgetbericht 2009/2010: 2,135 Mrd. EUR).

Die öffentlichen Abgaben (Untergliederung 16) als größte Einnahmenquelle des Bundes betragen im Jahr 2009 brutto 63,314 Mrd. EUR und waren um 5,214 Mrd. EUR (-7,61 %) niedriger als im Jahr 2008 (68,528 Mrd. EUR). Die Steuereinnahmen im Jahr 2009 lagen um 1,452 Mrd. EUR (-2,24 %) unter dem Voranschlag (64,767 Mrd. EUR). Nach Abzug der Ab-Überweisungen<sup>2</sup> (I & II) betragen die Nettosteuererinnahmen 37,638 Mrd. EUR und lagen um 7,323 Mrd. EUR (-16,29 %) unter dem Erfolg von 2008 (44,961 Mrd. EUR) bzw. um 1,124 Mrd. EUR (-2,9 %) unter dem Voranschlag (38,762 Mrd. EUR).

Der Wirtschaftseinbruch wirkte sich vor allem auf die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer (-2,100 Mrd. EUR bzw. -35,39 %) und aus den Kapitalertragsteuern (-0,429 Mrd. EUR/-27,24 % bzw. -0,307 Mrd. EUR/-14,08 % auf Zinsen) aus. Der Rückgang der Einnahmen aus der Lohnsteuer (-1,411 Mrd. EUR bzw. -6,62 %) beruhte zudem auf der Steuerreform 2009.

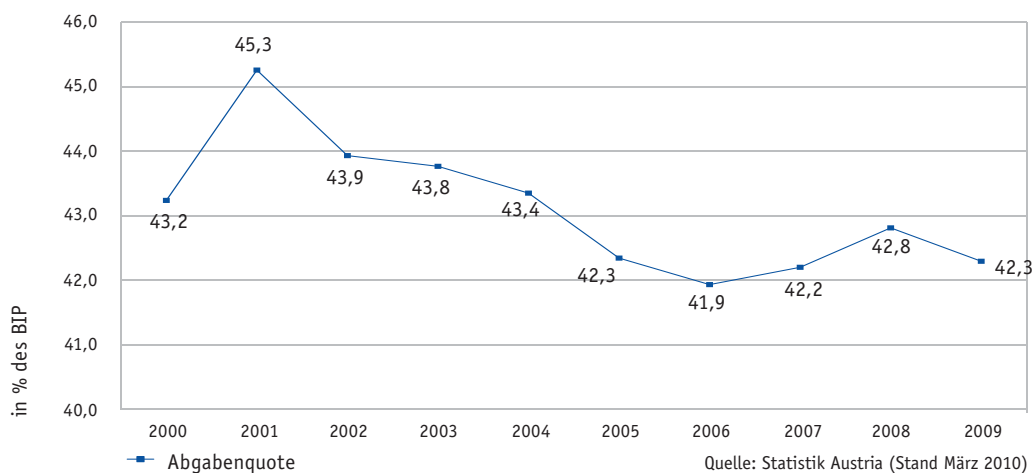
<sup>1</sup> Tarifsenkung der Lohn- und Einkommensteuer sowie Entlastung von Familien mit Kindern

<sup>2</sup> Überweisungen an Länder und Gemeinden (I) sowie an EU (II)



Die derzeitig verfügbare gesamtstaatliche Abgabenquote laut VGR im Finanzjahr 2009, d.h. die Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des BIP, belief sich auf 42,3 % und fiel aufgrund der rückläufigen Steuereinnahmen um 0,5 Prozentpunkte gegenüber 2008.

#### Entwicklung der Abgabenquote 2000 bis 2009 (in % des BIP)



#### Bundesbeitrag zur Pensionsversicherung

Die steigende Divergenz zwischen den Einnahmen und Ausgaben aus der Pensionsversicherung zeigte sich im Jahr 2009 im Beitrag des Bundes zur Pensionsversicherung. Die Ausgaben in Höhe von 7,655 Mrd. EUR stiegen gegenüber dem Jahr 2008 (6,677 Mrd. EUR) um 0,978 Mrd. EUR (+14,65 %), gegenüber dem Voranschlag 2009 (7,363 Mrd. EUR) um 0,292 Mrd. EUR (+3,97 %).

#### Gebarung der Arbeitsmarktpolitik

Die Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik (Titel 201) betragen 5,686 Mrd. EUR im Jahr 2009 (2008: 4,723 Mrd. EUR) und stiegen gegenüber 2008 um 0,963 Mrd. EUR (+20,39 %). Davon waren besonders die Leistungen gemäß AIVG (insb. Arbeitslosengeld) betroffen. Diese Ausgaben stiegen gegenüber 2008 (3,371 Mrd. EUR) um rund ein Viertel (+0,849 Mrd. EUR) auf 4,220 Mrd. EUR im Jahr 2009. Gleichzeitig gingen die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung von 4,717 Mrd. EUR auf 4,621 Mrd. EUR um 0,096 Mrd. EUR (-2,04 %) zurück, wodurch der Gesamtsaldo zwischen Ausgaben und Einnahmen der Arbeitsmarktpolitik im Jahr 2009 ein Defizit von 1,009 Mrd. EUR aufwies. Im Jahr 2008 gab es in der Gebarung noch einen Überschuss in der Höhe von rund 0,074 Mrd. EUR.

## Kurzfassung

### Der Finanzrahmen des Bundes (TZ 2.6)

Das Bundesfinanzrahmengesetz legt für die vier folgenden Finanzjahre Obergrenzen für Ausgaben auf der Ebene von Rubriken und Untergliederungen sowie die Grundzüge des Personalplans fest (§ 12a Abs. 1 BHG).

Finanzrahmen 2009 bis 2012 und 2010 bis 2013<sup>3</sup>

Rubrik		BFRG 2010 – 2013				
		BFRG 2009 – 2013				2013
		2009	2010	2011	2012	
		Beträge in Mill. EUR				
0,1	<b>Recht und Sicherheit</b>	7.973,78	8.007,02	8.112,60	8.192,30	8.327,90
	hievon fix	7.895,53	7.911,82	8.010,60	8.097,10	8.239,40
	hievon variabel	78,25	95,20	102,00	95,20	88,50
2	<b>Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie</b>	31.365,74	33.010,14	33.531,80	34.200,60	34.571,60
	hievon fix	18.018,40	18.807,43	18.769,80	19.067,60	19.374,00
	hievon variabel	13.347,34	14.202,71	14.762,00	15.133,00	15.197,60
3	<b>Bildung, Forschung, Kunst und Kultur</b>	11.462,53	11.869,61	11.932,90	12.023,20	12.116,00
4	<b>Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt</b>	18.363,10	9.120,09	7.997,00	8.424,40	8.324,00
	hievon fix	16.386,91	7.163,33	6.066,40	6.457,40	6.318,40
	hievon variabel	1.976,19	1.956,76	1.930,60	1.967,00	2.005,60
5	<b>Kassa und Zinsen</b>	8.354,72	8.810,55	9.697,00	10.528,40	11.394,40
	<b>Gesamtsumme</b>	<b>77.519,87</b>	<b>70.817,41</b>	<b>71.271,30</b>	<b>73.368,90</b>	<b>74.733,90</b>
	hievon fix	62.118,09	54.562,74	54.476,70	56.173,70	57.442,20
		80,1%	77,0%	76,4%	76,6%	76,9%
	hievon variabel	15.401,78	16.254,67	16.794,60	17.195,20	17.291,70
		19,9%	23,0%	23,6%	23,4%	23,1%
		Veränderung in %				
	<b>Gesamtsumme</b>		<b>- 8,6</b>	<b>+ 0,6</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>+ 1,9</b>
	<b>Gesamtsumme ohne UG 46</b>		<b>+ 4,6</b>	<b>+ 1,4</b>	<b>+ 2,9</b>	<b>+ 1,9</b>

Quelle: Bundesfinanzrahmengesetz 2009 bis 2012 bzw. 2010 bis 2013

<sup>3</sup> In den Jahren 2010 bis 2012 sind die Obergrenzen in den Bundesfinanzrahmengesetzen 2009 bis 2012 und 2010 bis 2013 deckungsgleich, sodass beide Gesetze gemeinsam dargestellt werden.

Der Finanzrahmen 2009 bis 2012 sieht Ausgabenobergrenzen in fünf Rubriken mit einer Gesamtsumme von 77.519,87 Mill. EUR im Jahr 2009 (80,1 % fixe Obergrenzen, 19,9 % variable Obergrenzen) vor. Die Gesamtsumme der Obergrenzen fällt im Jahr 2010 um 6,702 Mrd. EUR (-8,6 %) und steigt danach wieder kontinuierlich an.

Der Anteil der Rubrik 5 „Kassa und Zinsen“ an der Ausgabenobergrenze wächst im Zeitraum 2009 bis 2013 von 12,4 % auf 15,2 % infolge steigender Zinsausgaben aufgrund der zunehmenden Finanzschulden. Dagegen nimmt der Anteil an der Ausgabenobergrenze in den Rubriken „Recht und Sicherheit“, „Bildung, Forschung, Kunst und Kultur“ sowie „Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt“ (ohne UG 46 „Finanzmarktstabilität“) jeweils um etwa einen Prozentpunkt ab. In Zukunft werden daher Einnahmensteigerungen zur Abdeckung der wachsenden Zinsenlasten („vergangenheitsbezogene Ausgaben“) verwendet werden müssen, sodass der Spielraum für eine Ausweitung „zukunftsbezogener Ausgaben“ (z.B. für Bildung und Forschung) beschränkt ist.

Im Vollzug wurden im Jahr 2009 mit 69,456 Mrd. EUR 89,6 % der Gesamtsumme der Ausgabenobergrenzen bzw. 86,9 % der zulässigen Ausgaben mit fixen Obergrenzen ausgeschöpft.

### **Auswirkungen der Budgetgebarung 2009 auf die Ziele der Haushaltsführung (TZ 2.7)**

#### Rechtlicher Rahmen

Die Haushaltsführung ist unter Beachtung der Grundsätze der Sparsamkeit, Wirtschaftlichkeit, Zweckmäßigkeit und Geschlechtergerechtigkeit zu gestalten, wobei die Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichtes (§ 2 BHG) sowie die Verbundenheit der Finanzwirtschaft des Bundes, der Länder und der Gemeinden (Gemeindeverbände) zu berücksichtigen sind. Art. 13 (2) B-VG sieht überdies das Ziel der nachhaltig geordneten Haushalte vor.

Gemäß § 2 BHG zeichnet sich das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht durch ein ausgewogenes Verhältnis zwischen einem hohen Beschäftigtenstand, einem hinreichend stabilen Geldwert, der Sicherung des Wachstumspotenzials und der Wahrung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichtes aus.

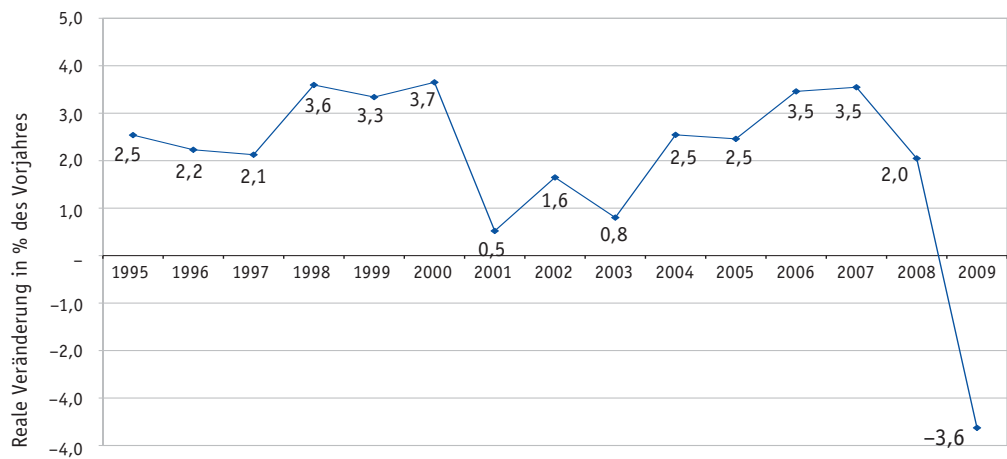


Kurzfassung

Wachstum

Das reale BIP-Wachstum war geprägt von der Finanz- und Wirtschaftskrise. Es betrug -3,6 % (2008: +2 %) über das gesamte Jahr 2009 und lag um 1,4 Prozentpunkte unter dem dem Bundesvoranschlag mit -2,2 % zugrunde gelegten Wert. Am stärksten schrumpfte das reale BIP im zweiten Quartal des Jahres 2009 (-5,1 %), während der Rückgang im vierten Quartal deutlich geringer war (-1,4 %).

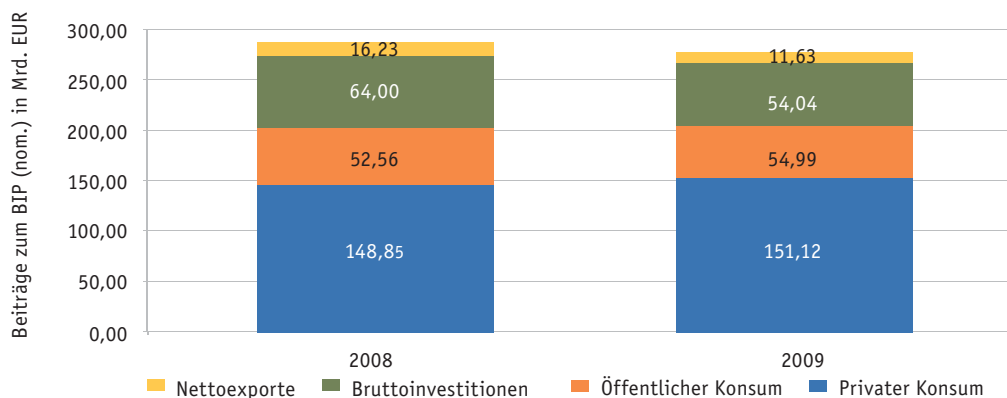
Entwicklung des realen BIP-Wachstums 1995 bis 2009



Quelle: Statistik Austria (Stand März 2010)

Das nominelle BIP-Wachstum lag mit -1,8 % (2008: +4,1 %) um 1,1 Prozentpunkte unter dem dem Bundesvoranschlag mit -0,7 % zugrunde gelegten Wert. Das nominelle BIP betrug 276,89 Mrd. EUR (2008: 281,87 Mrd. EUR). Die Konsumausgaben wirkten der Schrumpfung des BIP entgegen (Wachstumsbeitrag +1,7 Prozentpunkte).

Zusammensetzung des nominellen BIP 2008 und 2009\*



\* ohne statistische Differenz

Quelle: Statistik Austria (Stand März 2010)

Sie betragen 206,10 Mrd. EUR (2008: 201,41 Mrd. EUR) und stiegen um 2,3 % (real: +0,6 %). Dagegen fielen die Bruttoinvestitionen um 7,8 % (real: -9,3 %) auf 59,04 Mrd. EUR (2008: 64,00 Mrd. EUR) und verminderten das BIP-Wachstum um 1,8 Prozentpunkte. Sowohl die Exporte (138,78 Mrd. EUR) als auch die Importe (127,15 Mrd. EUR) sanken um mehr als 15 %, wobei trotz stärkeren Exportrückgangs immer noch ein positiver Außenbeitrag (11,63 Mrd. EUR) verzeichnet werden konnte. Der Rückgang der Nettoexporte trug -1,6 Prozentpunkte zum BIP-Wachstum bei.

#### Stabiler Geldwert

Die Preissteigerung (VPI) lag mit 0,5 % (2008: 3,2 %) etwas unter dem bei der Erstellung des BVA zugrunde gelegten Wert von 0,6 %. Die schwache gesamtwirtschaftliche Nachfrage und der Preisrückgang im Energiebereich dämpften die Preissteigerung gegenüber dem Vorjahr merklich.

#### Beschäftigungsstand

Die Bundesregierung nahm bei der Budgeterstellung einen Beschäftigungsrückgang (unselbständig aktiv Beschäftigte) von 1,2 % an. Tatsächlich ging im Jahr 2009 die Zahl der unselbständig aktiv Beschäftigten um 1,4 % zurück. Im Jahresdurchschnitt 2009 waren 3,68 Mill. Personen aktiv erwerbstätig, davon rd. 3,26 Mill. unselbständig aktiv erwerbstätig. Die österreichische Beschäftigungsquote<sup>4</sup> sank von 72,1 % im Jahr 2008 auf 71,6 % im Jahr 2009.

Von 2008 auf 2009 stiegen die Arbeitslosenquoten auf 7,2 % (2008: 5,8 %) laut AMS (nationale Definition) und auf 4,8 % (2008: 3,8 %) laut Eurostat (internationale Definition) an. Der Budgeterstellung im März 2009 legte die Bundesregierung eine Arbeitslosenquote laut AMS (nationale Definition) von 7,3 % bzw. laut Eurostat (internationale Definition) von 5,0 % zugrunde.

#### Außenwirtschaftliches Gleichgewicht

Im österreichischen Außenhandel gingen die Exporte der Güter um 19,9 % auf 94,168 Mrd. EUR (2008: 117,525 Mrd. EUR) zurück. Der Rückgang aufgrund der Finanz- und Wirtschaftskrise machte sich bereits ab November 2008 bemerkbar. Das größte negative Wachstum wurde im April 2009 (-29,6 %) verzeichnet. Im Dezember 2009 nahmen die Exporte um 1,8 % ab. Die Importe der Güter betragen 97,826 Mrd. EUR (2008: 119,568 Mrd. EUR) und waren um 18,2 % geringer als im Vorjahr.

<sup>4</sup> Im Rahmen der Lissabon-Strategie der EU soll ein Zielwert von 70 % erreicht werden.

## Kurzfassung

Ein umfassenderer Indikator zur Messung des außenwirtschaftlichen Gleichgewichts ist der Leistungsbilanzsaldo. Die Leistungsbilanz zeigt alle Transaktionen eines Jahres zwischen dem Inland und dem Ausland an. Sie umfasst Güter, Dienstleistungen, Einkommen und laufende Transfers. Ein Leistungsbilanzüberschuss bedeutet einen Vermögenszuwachs im Inland, aber gleichzeitig einen Kapitalabfluss ins Ausland. Seit dem Jahr 2002 weist Österreich einen Leistungsbilanzüberschuss auf. Er lag 2009 bei 2,3 % des BIP (2008: 3,2 % des BIP) und fiel gegenüber 2008 um 0,9 Prozentpunkte.

### Nachhaltigkeit der Haushaltsführung

Um die langfristige Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen sicherzustellen, ist im Allgemeinen ein Primärüberschuss<sup>5</sup> des öffentlichen Haushalts nötig. Im Jahr 2009 war der Primärsaldo des Bundes negativ (-5,366 Mrd. EUR). Das bedeutet, dass der Bund nicht nur den Zinsaufwand, sondern auch die operativen Ausgaben durch weitere Schulden finanzieren muss.

### Berechnung des Primärsaldos für die Jahre 2006 bis 2009

	2006		2007		2008		2009	
	Mrd. EUR	% des BIP	Mrd. EUR	% des BIP	Mrd. EUR	% des BIP	Mrd. EUR	% des BIP
<b>Allgemeiner Haushalt</b>								
Ausgaben	64,338	25,12	65,897	24,34	74,477	26,42	69,456	25,08
Einnahmen	59,921	23,39	63,027	23,28	64,913	23,03	62,371	22,53
<b>Saldo des Allgemeinen Haushalts</b>								
Administrativer Saldo	- 4,416	- 1,72	- 2,870	- 1,06	- 9,564	- 3,39	- 7,086	- 2,56
Veränderung der Rücklagen	0,267	0,10	0,995	0,37	6,778	2,40	- 5,629	- 2,03
Zinsen abzüglich Swap-Zins-Einnahmen	7,951	3,10	8,000	2,95	7,478	2,65	7,348	2,65
<b>Primärsaldo des Bundes</b>	<b>3,802</b>	<b>1,48</b>	<b>6,125</b>	<b>2,26</b>	<b>4,692</b>	<b>1,66</b>	<b>- 5,366</b>	<b>- 1,94</b>

Quelle: HIS, eigene Berechnung

<sup>5</sup> Der Primärsaldo errechnet sich aus dem Saldo des Allgemeinen Haushalts bereinigt um die Veränderung der Rücklagen und die Zinsen. Ein positiver Primärsaldo wird als Primärüberschuss definiert. Der Primärsaldo gibt Aufschluss über die Auswirkungen der aktuellen Budgetpolitik auf die zukünftige Entwicklung der öffentlichen Finanzen.

**Finanzierung des Bundeshaushalts und Bundeshaftungen (TZ 2.8)**

Stand der vorläufigen gesamten Bundesschulden

Folgende Tabelle zeigt den Stand der Bundesschulden jeweils zum Jahresende 2005 bis 2009:

Entwicklung der Bundesschulden 2005 bis 2009

Bundesschulden						
Bezeichnung	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung 2008/2009
	in Mrd. EUR					
Finanzschulden (fällige und nichtfällige)	151,075	154,593	157,508	165,621	176,464	10,843
sonstige voranschlagswirksame fällige Schulden	0,238	0,114	0,169	0,394	0,006	- 0,388
sonstige voranschlagswirksame nichtfällige Schulden	26,327	26,794	22,395	26,292	21,863	- 4,429
<b>Summe voranschlagswirksame Schulden</b>	<b>177,640</b>	<b>181,501</b>	<b>180,072</b>	<b>192,307</b>	<b>198,333</b>	<b>6,026</b>
voranschlagsunwirksam verrechnete Schulden	4,511	3,664	4,827	1,795	1,987	0,192
<b>gesamte Bundesschulden</b>	<b>182,151</b>	<b>185,165</b>	<b>184,899</b>	<b>194,102</b>	<b>200,320</b>	<b>6,218</b>

Der vorläufige Gesamtstand der Bundesschuld (Summe aus Finanzschulden und den sonstigen voranschlagswirksam und voranschlagsunwirksam verrechneten Schulden) betrug 200,320 Mrd. EUR (2008: 194,102 Mrd. EUR) und überschritt somit erstmals die 200-Milliarden-Marke. Die Steigerung gegenüber dem Vorjahr betrug 6,218 Mrd. EUR (+ 3,2 %).

Gemessen an der für 2009 vorläufigen Höhe des BIP (276,89 Mrd. EUR) erreichte der Bestand an fälligen und nichtfälligen Finanzschulden (176,464 Mrd. EUR) einen Anteil von 63,7 % (2008: 58,8 %). Setzt man die Nettoveränderung der fälligen und nichtfälligen Finanzschulden des Jahres 2009 (10,843 Mrd. EUR) mit dem BIP in Beziehung, so folgt daraus eine Netto-Neuverschuldungsquote von 3,9 % (2008: 2,9 %).

## Kurzfassung

### Zinsen

Folgende Tabelle zeigt den Nettozinsaufwand für den Zeitraum 2005 bis 2009:

Zinsaufwand						
Bezeichnung BVA*	2005	2006	2007	2008	2009	Veränderung 2008/2009
	in Mrd. EUR					
Zinsaufwand	7,767	8,802	7,942	7,881	7,496	- 0,385
sonstiger Aufwand	0,286	0,545	0,628	0,242	0,268	0,026
Aufwendungen aus Währungstauschverträgen	1,381	1,858	2,402	2,546	2,368	- 0,178
<b>Summe Ausgaben</b>	<b>9,434</b>	<b>11,205</b>	<b>10,972</b>	<b>10,669</b>	<b>10,132</b>	<b>- 0,537</b>
Zinseinnahmen	0,720	0,795	0,688	0,607	0,590	- 0,017
sonstige Einnahmen	0,609	0,619	0,514	0,172	0,298	0,126
Einnahmen aus Währungstauschverträgen	1,638	2,945	3,013	3,188	2,525	- 0,663
<b>Summe Einnahmen</b>	<b>2,967</b>	<b>4,359</b>	<b>4,215</b>	<b>3,967</b>	<b>3,413</b>	<b>- 0,554</b>
<b>Zinsaufwand, netto</b>	<b>6,467</b>	<b>6,846</b>	<b>6,757</b>	<b>6,702</b>	<b>6,719</b>	<b>0,017</b>

\* Im BVA wird der Zinsaufwand nur noch netto veranschlagt

Quelle: HIS, eigene Berechnung

Die Zahlungen für den Zinsaufwand und den sonstigen Aufwand 2009 betragen 7,764 Mrd. EUR.

Diesen Aufwendungen standen Einnahmen aus Stückzinsen und im Bundesbesitz befindliche Anleihen von 0,590 Mrd. EUR und Emissionsgewinne und sonstige Einnahmen von insgesamt 0,298 Mrd. EUR gegenüber. Der Saldo der Einnahmen (2,525 Mrd. EUR) und Ausgaben (2,368 Mrd. EUR) der Währungstauschverträge ergab einen Überschuss von 0,157 Mrd. EUR. Daraus ergab sich für 2009 ein Nettozinsaufwand von 6,719 Mrd. EUR.



## Haftungen

Folgende Tabelle zeigt die Entwicklung und den Stand der vorläufigen Bundeshaftungen für den Zeitraum 2005 bis 2009:

Entwicklung und Stand der Bundeshaftungen						
Bezeichnung	2005	2006	2007	2008	2009**	Veränderung 2008/2009
	in Mrd. EUR					
Anfangsbestand	61,849	67,704	73,250	87,030	112,595	25,565
Zugang	22,914	26,738	35,636	46,595	100,449	53,854
Abgang	- 17,021	- 20,867	- 21,839	- 21,871	- 88,542	- 66,671
Kurswertänderung	- 0,037	- 0,326	- 0,017	0,841	- 0,022	- 0,863
<b>Endbestand</b>	<b>67,704</b>	<b>73,250</b>	<b>87,030</b>	<b>112,595</b>	<b>124,479</b>	<b>11,884</b>
davon in heimischer Währung	46,326	52,649	66,682	85,264	98,586	13,220
davon in Fremdwährung	21,378	20,600	20,348	27,331	25,892	- 1,439
Haftungen gemäß § 1 Abs 2 des Postsparkassengesetzes *	5,315	4,359	3,732	3,235		

\* Daten für 2009 noch nicht verfügbar

\*\* vorläufige Zahlen

Zum Jahresende 2009 betrug der Stand an vertraglich übernommenen Bundeshaftungen 124,479 Mrd. EUR (2008: 112,595 Mrd. EUR); das entspricht einem Zugang im Jahresabstand von 10,6 %. Die Steigerung ergab sich durch die Übernahme von Bundeshaftungen zur Stabilisierung des österreichischen Finanzmarktes.

### Der Bundeshaushalt im Rahmen der wirtschaftspolitischen Verpflichtungen auf EU-Ebene (TZ 2.9)

#### Stabilitätsprogramm und budgetäre Notifikation

Die in Artikel 104 des EG-Vertrages festgelegten fiskalen Rahmenbedingungen sowie das beigefügte Protokoll mit den definierten Referenzwerten (Maastricht-Kriterien) für öffentliche Defizite (3 % des BIP) und Schuldenstände (60 % des

## Kurzfassung

BIP) stellen wichtige Kriterien für die multilaterale Überwachung und Steuerung der europäischen Währungs- und Wirtschaftspolitik dar. Österreich – als Mitglied der Eurozone – ist verpflichtet, jährlich ein Stabilitätsprogramm vorzulegen, in welchem der Budget- und Schuldenpfad, das mittelfristige Budgetziel sowie die Nachhaltigkeit der öffentlichen Finanzen dargestellt werden. Weiters verpflichtet sich Österreich zweimal jährlich Daten über die Budgetentwicklung an die Europäische Kommission zu übermitteln (budgetäre Notifikation).

Sowohl das Stabilitätsprogramm als auch die budgetäre Notifikation basieren auf dem ESVG 95 und bilden daher den konzeptionellen Rahmen für die Vergleichbarkeit unter den EU-Mitgliedstaaten. Zur gesamtstaatlichen Betrachtung des Staatshaushalts gruppiert die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung den Staat in vier Teilsektoren: Bundessektor, Landesebene, Gemeindeebene und Sozialversicherungsträger. Sowohl für das öffentliche Defizit als auch für den öffentlichen Schuldenstand tragen alle vier Teilsektoren zur gesamtstaatlichen Betrachtung bei.

Am 2. Dezember 2009 stellte der ECOFIN-Rat ein übermäßiges Defizit in Österreich fest und gab Empfehlungen gemäß Art. 126 (7) VAEU ab. Er empfahl insbesondere, ab dem Jahr 2011 mit der Budgetkonsolidierung zu beginnen, um das Defizit 2013 wieder unter den Referenzwert von 3 % des BIP zu senken. Dazu muss der Saldo durchschnittlich um +0,75 Prozentpunkte pro Jahr im Zeitraum 2011 bis 2013 verändert werden.

Unter dieser Prämisse wurde das aktuelle Stabilitätsprogramm für die Jahre 2009 bis 2013 erstellt und am 26. Jänner 2010 an die Europäische Kommission übermittelt.

Am 17. März 2010 wurde das österreichische Stabilitätsprogramm im Rat „Wirtschaft und Finanzen“ (ECOFIN) behandelt. In seiner Stellungnahme schrieb der ECOFIN, dass die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung als Grundlage des Stabilitätsprogramms weitgehend realistisch eingeschätzt wurde. Die budgetpolitische Strategie im Jahr 2010 sei mit den Ratsempfehlungen gemäß Art. 126 (7) VAEU konsistent, nicht jedoch die Konsolidierungsstrategie für die Jahre 2011 bis 2013. Es wurde eine ausgabenseitige Konsolidierung von jährlich 0,75 Prozentpunkten des BIP angenommen, allerdings wurden lediglich im Gesundheitsbereich konkrete Einsparungsmaßnahmen von 0,6 Prozentpunkten des BIP genannt. Der ECOFIN erwähnte insbesondere einen Reformbedarf im Gesundheits- und Bildungsbereich, wo Österreichs Performance unter Berücksichtigung der Kosten unterdurchschnittlich sei. Außerdem bemängelte der Rat, dass aus den Vorschlägen zur Verwaltungsreform noch keine konkreten Maßnahmen hervorgegangen seien.

Der ECOFIN forderte Österreich mit seiner Stellungnahme zum Stabilitätsprogramm auf, die Konsolidierungsmaßnahmen für die Jahre 2011 bis 2013 zu konkretisieren. Die Konsolidierungsmaßnahmen sollten nicht nur dazu beitragen, das Defizit unter die 3 Prozentmarke zurückzuführen, sondern auch dafür sorgen, dass die Verschuldungsquote wieder auf 60 % zurückgeführt wird. Zusätzlich forderte der ECOFIN eine Verbesserung des Haushaltsrahmens, um die Haushaltsdisziplin auf allen Ebenen des Staates durch mehr Transparenz und Rechenschaftspflicht zu stärken, namentlich durch eine Angleichung der legislativen, administrativen und finanzpolitischen Zuständigkeitsbereiche zwischen den verschiedenen Regierungsebenen.

#### Die Entwicklung der Maastricht-Kriterien

Im März 2010 wurde für das Haushaltsjahr 2009 ein Maastricht-Defizit (Finanzierungsdefizit des Staates nach ESVG) mit 9,496 Mrd. EUR (- 3,43 % des BIP) notifiziert. Die Entwicklung des öffentlichen Defizits auf gesamtstaatlicher Ebene im Bezug auf den Referenzwert von 3 % des BIP zeigt, dass der Wert in den Jahren 2005 bis 2008 unterschritten und im Jahr 2009 überschritten wurde.

Sektor /Teilsektor	2005	2006	2007	2008	2009
	in Mrd. EUR				
<b>Sektor Staat, insgesamt</b>	- 4,031	- 3,854	- 1,129	- 1,232	- 9,496
Bundessektor	- 4,544	- 3,769	- 1,397	- 1,871	- 7,555
Landesebene (ohne Wien)	0,2439	- 0,415	0,215	0,337	- 1,342
Gemeindeebene (einschl. Wien)	0,331	0,332	0,308	0,185	- 0,741
Sozialversicherungsträger	- 0,057	- 0,003	- 0,254	0,118	0,144
BIP	243,585	256,162	270,782	281,867	276,892
	in % des BIP				
<b>Sektor Staat, insgesamt</b>	- 1,65	- 1,50	- 0,42	- 0,44	- 3,43
Bundessektor	- 1,87	- 1,47	- 0,52	- 0,66	- 2,73
Landesebene (ohne Wien)	0,10	- 0,16	0,08	0,12	- 0,48
Gemeindeebene (einschl. Wien)	0,14	0,13	0,11	0,07	- 0,27
Sozialversicherungsträger	- 0,02	0,00	- 0,09	0,04	0,05

Quelle: Statistik Austria (Budget-Notifikation März 2010)

## Kurzfassung

Im Jahr 2009 wiesen alle Gebietskörperschaftsebenen ein Defizit auf. Das Defizit betrug im Bund -2,74 % (2008: -0,65 %) des BIP bzw. im Bundessektor -2,73 % (2008: -0,66 %) des BIP, auf Landesebene (ohne Wien) -0,48 % (2008: 0,12 %) des BIP und auf Gemeindeebene (mit Wien) -0,27 % (2008: 0,07 %) des BIP. Der Teilsektor Sozialversicherungsträger erzielte einen Überschuss von +0,05 % (2008: +0,04 %) des BIP.

Damit wurden die im österreichischen Stabilitätspakt 2008 für das Jahr 2009 festgelegten Werte weder durch den Bund (-2,73 % statt -0,68 %), die Länder inkl. Wien (-0,65 % statt +0,49 %) noch die Gemeinden (-0,10 % statt 0,00 %) eingehalten.

Der öffentliche Schuldenstand betrug 184,105 Mrd. EUR (2008: 176,544 Mrd. EUR) und lag mit 66,49 % (2008: 62,63 %) des BIP über der Referenzmarke (Maastricht-Kriterien) von 60 %.

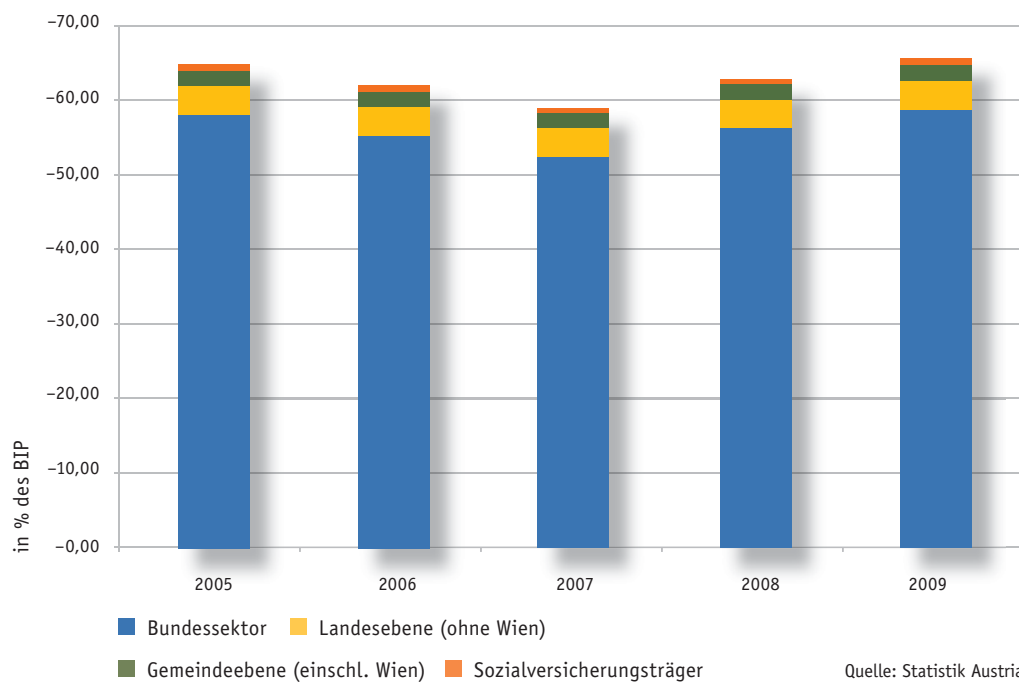
### Entwicklung des Öffentlichen Schuldenstands nach Teilsektoren des Staates

Sektor / Teilsektoren	2005	2006	2007	2008	2009
	in Mrd. EUR				
<b>Sektor Staat, insgesamt</b>	<b>155,753</b>	<b>159,450</b>	<b>161,033</b>	<b>176,544</b>	<b>184,105</b>
Bundessektor	142,315	145,195	146,559	160,539	165,425
Landesebene (ohne Wien)	6,858	7,643	8,372	9,259	10,518
Gemeindeebene (einschl. Wien)	4,813	4,751	4,751	5,031	5,555
Sozialversicherungsträger	1,767	1,861	1,352	1,716	2,607
BIP	243,585	256,162	270,782	281,867	276,892
	in % des BIP				
<b>Sektor Staat, insgesamt</b>	<b>63,94</b>	<b>62,25</b>	<b>59,47</b>	<b>62,63</b>	<b>66,49</b>
Bundessektor	58,43	56,68	54,12	56,96	59,74
Landesebene (ohne Wien)	2,82	2,98	3,09	3,28	3,80
Gemeindeebene (einschl. Wien)	1,98	1,85	1,75	1,78	2,01
Sozialversicherungsträger	0,73	0,73	0,50	0,61	0,94

Quelle: Statistik Austria (Budget-Notifikation März 2010)

Der Schuldenstand betrug im Bundessektor 59,74 % (2008: 56,96 %) des BIP, auf Landesebene (ohne Wien) 3,80 % (2008: 3,28 %) des BIP, auf Gemeindeebene (mit Wien) 2,01 % (2008: 1,78 %) des BIP und im Teilsektor Sozialversicherungsträger 0,94 % (2008: 0,61 %) des BIP.

#### Entwicklung der gesamtstaatlichen Schuldenquote (in % des BIP)



## Kurzfassung

### 3. VORANSCHLAGSVERGLEICHRECHNUNG

#### Gesamtergebnis der voranschlagswirksamen Verrechnung (TZ 3.1)

Die Ausgaben im Allgemeinen Haushalt betragen 69,456 Mrd. EUR (2008: 74,477 Mrd. EUR) und sanken um 5,021 Mrd. EUR (- 6,7 %). Die Einnahmen betragen 62,371 Mrd. EUR (2008: 64,913 Mrd. EUR) und sanken um 2,543 Mrd. EUR (- 3,9 %). Die veranschlagten Ausgaben von 77,470 Mrd. EUR wurden um 8,014 Mrd. EUR (- 10,3 %) unterschritten. Die veranschlagten Einnahmen von 63,884 Mrd. EUR wurden um 1,514 Mrd. EUR (- 2,4 %) unterschritten. Der Abgang von 7,086 Mrd. EUR lag somit um 6,500 Mrd. EUR (- 47,8 %) unter dem in Art. I BFG 2009 ausgewiesenen Betrag (13,586 Mrd. EUR).

Im Allgemeinen Haushalt wich der Erfolg der Ausgaben und Einnahmen gegenüber den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Voranschlagsansätzen in Summe folgendermaßen ab:

Mehr- und Minderausgaben sowie Mehr- und Mindereinnahmen des Allgemeinen Haushalts 2009

	Ausgabenansätze	Einnahmenansätze
	in Mill. EUR	
Voranschlag	77.469,87	63.884,16
Erfolg	69.456,22	62.370,60
Abweichung	- 8.013,65	- 1.513,56
Minderausgaben	- 9.002,60	
Meherausgaben	988,95	
Mindereinnahmen		- 3.954,36
Mehreinnahmen		2.440,80

Quelle: HIS

Die Abweichungen von den veranschlagten Beträgen glichen sich teilweise finanziell aus und wirkten sich daher bei den ausgewiesenen Ausgaben- und Einnahmensummen des Allgemeinen Haushalts nicht in voller Höhe aus.

Die aus den Minderausgaben und Mehreinnahmen (ermittelt als Abweichung von den einzelnen finanzgesetzlich genehmigten Ansatzbeträgen) erzielten zusätzlichen Deckungsmittel betragen 11,443 Mrd. EUR.

Die zusätzlich gewonnenen Deckungsmittel überschritten die zur Bedeckung der Meherausgaben und für den Ausgleich der Mindereinnahmen erforder-

lichen Mittel von 4,943 Mrd. EUR, sodass durch diese Umschichtungen im Rahmen des Budgetvollzuges eine Verminderung des Abgangs des Allgemeinen Haushalts um 6,500 Mrd. EUR erreicht werden konnte.

### Vorjahresvergleich der Einnahmen und Ausgaben (TZ 3.2)

Die Personalausgaben betragen 10.496,77 Mill. EUR (2008: 10.025,90 Mill. EUR) und stiegen um 470,88 Mill. EUR (+4,7 %).

Die Sachausgaben im Allgemeinen Haushalt betragen 58.959,45 Mill. EUR (2008: 64.451,50 Mill. EUR) und gingen um 5.492,05 Mill. EUR (-8,5 %) zurück.

Der Haushalt 2008 und 2009 im Überblick, gegliedert nach ausgewählten Gesichtspunkten

Gliederung	2008		2009		Veränderung von 2008 auf 2009	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
<b>Gesamtausgaben</b>	<b>74.477,40</b>	<b>100,00</b>	<b>69.456,22</b>	<b>100,00</b>	<b>- 5.021,18</b>	<b>- 6,74</b>
nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:						
Erfolgswirksame Ausgaben	65.111,79	87,42	63.568,51	91,52	- 1.543,28	- 2,37
Bestandswirksame Ausgaben	9.365,61	12,58	5.887,72	8,48	- 3.477,89	- 37,13
nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:						
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	43.842,51	58,87	43.090,03	62,04	- 752,48	- 1,72
Ermessensausgaben	30.634,89	41,13	26.366,19	37,96	- 4.268,70	- 13,93
nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:						
Personalausgaben (Gesetzliche Verpflichtungen)	10.025,90	13,46	10.496,77	15,11	470,88	+ 4,70
Sachausgaben	64.451,50	86,54	58.959,45	84,89	- 5.492,05	- 8,52
<b>Personalausgaben</b>	<b>10.025,90</b>	<b>100,00</b>	<b>10.496,77</b>	<b>100,00</b>	<b>470,88</b>	<b>+ 4,70</b>
Davon entfielen auf:						
Aktivbezüge	6.872,64	68,55	7.230,79	68,89	358,15	+ 5,21
Pensionen	3.153,26	31,45	3.265,99	31,11	112,73	+ 3,58
Die Aktivbezüge setzen sich wie folgt zusammen:						
Geldbezüge für Beamte	3.625,45	52,75	3.703,31	51,22	77,85	+ 2,15
Geldbezüge für Vertragsbedienstete	1.579,73	22,99	1.701,68	23,53	121,95	+ 7,72
Sonstige Personalausgaben einschl. Dienstgeberbeiträge	1.667,46	24,26	1.825,79	25,25	158,34	+ 9,50

## Kurzfassung

Gliederung	2008		2009		Veränderung von 2008 auf 2009	
	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %	in Mill. EUR	in %
<b>Sachausgaben</b>	<b>64.451,50</b>	<b>100,00</b>	<b>58.959,45</b>	<b>100,00</b>	<b>- 5.492,05</b>	<b>- 8,52</b>
<b>nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:</b>						
Erfolgswirksame Ausgaben	55.085,89	85,47	53.071,73	90,01	- 2.014,16	- 3,66
Bestandswirksame Ausgaben	9.365,61	14,53	5.887,72	9,99	- 3.477,89	- 37,13
<b>nach dem Grad der Bindung an gesetzliche Grundlagen:</b>						
Ausgaben aufgrund gesetzlicher Verpflichtungen	33.816,61	52,47	32.593,26	55,28	- 1.223,35	- 3,62
Ermessensausgaben	30.634,89	47,53	26.366,19	44,72	- 4.268,70	- 13,93
<b>nach Gebarungsgruppen:</b>						
Anlagen	912,96	1,42	5.195,46	8,81	4.282,50	+ 469,08
Förderungen	4.368,21	6,78	4.562,57	7,74	194,37	+ 4,45
Aufwendungen	59.170,34	91,81	49.201,41	83,45	- 9.968,93	- 16,85
<b>Gesamteinnahmen</b>	<b>64.913,33</b>	<b>100,00</b>	<b>62.370,60</b>	<b>100,00</b>	<b>- 2.542,73</b>	<b>- 3,92</b>
<b>nach der Auswirkung auf das Bundesvermögen:</b>						
Erfolgswirksame Einnahmen	63.322,28	97,55	56.169,93	90,06	- 7.152,35	- 11,30
Bestandswirksame Einnahmen	1.591,05	2,45	6.200,67	9,94	4.609,62	+ 289,72
<b>nach dem Grad der Bindung bei der Mittelverwendung:</b>						
Zweckgebundene Einnahmen (zur Bedeckung bestimmter Ausgabenarten, festgelegt aufgrund gesetzlichen Auftrags, durch Vertrag oder letztwillige Verfügung)	12.704,75	19,57	12.282,34	19,69	- 422,41	- 3,32
Sonstige Einnahmen (zur Bedeckung aller Ausgabenarten nach dem Grundsatz der Gesamtbedeckung)	52.208,58	80,43	50.088,27	80,31	- 2.120,32	- 4,06
<b>nach finanzwirtschaftlichen Gesichtspunkten:</b>						
Einnahmen aus öffentlichen Abgaben (netto)	44.961,17	69,26	37.637,92	60,35	- 7.323,26	- 16,29
Weitere Einnahmen	19.952,16	30,74	24.732,68	39,65	4.780,53	+ 23,96

Quelle: HIS



Entwicklung der voranschlagswirksamen Ausgaben im Gesamthaushalt 2008 und 2009

Rubrik/ UG	Bezeichnung	2008		2009		Differenz zum Vorjahr	
		Mill. EUR	in %	Mill. EUR	in %	Mill. EUR	in %
	<b>Allgemeiner Haushalt</b>						
0,1	<b>Recht und Sicherheit:</b>						
01	Präsidentenkanzlei	7,18	0,01	7,20	0,01	0,02	+ 0,25
02	Bundesgesetzgebung	130,12	0,17	143,56	0,21	13,44	+ 10,33
03	Verfassungsgerichtshof	8,75	0,01	9,90	0,01	1,15	+ 13,18
04	Verwaltungsgerichtshof	14,30	0,02	15,49	0,02	1,19	+ 8,35
05	Volksanwaltschaft	6,11	0,01	6,36	0,01	0,25	+ 4,11
06	Rechnungshof	27,30	0,04	28,47	0,04	1,17	+ 4,28
10	Bundeskanzleramt	471,85	0,63	308,45	0,44	- 163,40	- 34,63
11	Inneres	2.235,16	3,00	2.305,72	3,32	70,56	+ 3,16
12	Äußeres	415,47	0,56	408,60	0,59	- 6,87	- 1,65
13	Justiz	1.116,55	1,50	1.162,54	1,67	45,99	+ 4,12
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	2.171,29	2,92	2.100,80	3,02	- 70,50	- 3,25
15	Finanzverwaltung	963,26	1,29	964,21	1,39	0,95	+ 0,10
16	Öffentliche Abgaben	3,03	0,00	48,39	0,07	45,36	k.A
	<b>Summe Rubrik 0,1</b>	<b>7.570,38</b>	<b>10,16</b>	<b>7.509,68</b>	<b>10,81</b>	<b>- 60,69</b>	<b>- 0,80</b>
2	<b>Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:</b>						
20	Arbeit	4.859,48	6,52	5.873,73	8,46	1.014,25	+ 20,87
21	Soziales und Konsumentenschutz	2.112,55	2,84	2.220,86	3,20	108,31	+ 5,13
22	Sozialversicherung	7.669,62	10,30	8.693,24	12,52	1.023,61	+ 13,35
23	Pensionen	7.368,99	9,89	7.634,28	10,99	265,29	+ 3,60
24	Gesundheit	790,27	1,06	851,98	1,23	61,71	+ 7,81
25	Familie und Jugend	6.512,74	8,74	6.187,99	8,91	- 324,75	- 4,99
	<b>Summe Rubrik 2</b>	<b>29.313,66</b>	<b>39,36</b>	<b>31.462,08</b>	<b>45,30</b>	<b>2.148,42</b>	<b>+ 7,33</b>
3	<b>Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:</b>						
30	Unterricht	6.791,78	9,12	7.125,37	10,26	333,59	+ 4,91
31	Wissenschaft und Forschung	3.064,16	4,11	3.395,28	4,89	331,12	+ 10,81
32	Kunst und Kultur	413,62	0,56	436,35	0,63	22,73	+ 5,50
33	Wirtschaft (Forschung)	75,14	0,10	76,42	0,11	1,28	+ 1,70
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	408,89	0,55	329,62	0,47	- 79,27	- 19,39
	<b>Summe Rubrik 3</b>	<b>10.753,59</b>	<b>14,44</b>	<b>11.363,04</b>	<b>16,36</b>	<b>609,46</b>	<b>+ 5,67</b>

Quelle: HIS

## Kurzfassung

### **Finanzielle Auswirkungen auf künftige Finanzjahre (TZ 3.4)**

#### Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre

Die Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre betragen im Jahr brutto 107,977 Mrd. EUR (2008: 102,793 Mrd. EUR) bzw. netto 89,351 Mrd. EUR. Der größte Teilbetrag von brutto 83,538 Mrd. EUR bzw. netto 64,912 Mrd. EUR entfiel auf die Verzinsung der Finanzschulden, von Währungstauschverträgen und auf sonstige Aufwendungen der Untergliederung 58 („Finanzierungen, Währungstauschverträge“).

Diese wurden im Jahr 2009 erstmals auch netto dargestellt. Das bedeutet, dass von den Verpflichtungen zu Lasten künftiger Finanzjahre (83,538 Mrd. EUR) in der Untergliederung 58 („Finanzierungen, Währungstauschverträge“) betreffend den Allgemeinen Haushalt die Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre (18,626 Mrd. EUR) dieser Untergliederung abgezogen (saldiert) wurden.

Um den Gesamtstand der Verpflichtungen des Bundes zu ermitteln, sind die aus dem Finanzjahr 2009 offen gebliebenen Verpflichtungen in Höhe von 0,503 Mrd. EUR hinzuzuzählen. Der Gesamtstand an Verpflichtungen zum Jahresende 2009 betrug somit brutto 108,480 Mrd. EUR (2008: 103,044 Mrd. EUR) bzw. netto 89,855 Mrd. EUR.

#### Schulden

Die Gesamtsumme der voranschlagswirksamen Schulden belief sich zum Jahresende 2009 auf 198,334 Mrd. EUR (2008: 192,307 Mrd. EUR). Sie lag damit um 6,027 Mrd. EUR oder 3,0 % über dem Vergleichswert des Vorjahres.

#### Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre

Die Übersicht über die Berechtigungen zu Gunsten künftiger Finanzjahre weist eine Gesamtsumme von brutto 20,469 Mrd. EUR (2008: 23,308 Mrd. EUR) bzw. netto 1,844 Mrd. EUR aus. Vermehrt um die aus dem Finanzjahr 2009 offen gebliebenen Berechtigungen in Höhe von 0,019 Mrd. EUR folgt daraus ein Gesamtstand an Berechtigungen zum Jahresende 2009 von brutto 20,488 Mrd. EUR (2008: 23,330 Mrd. EUR) bzw. netto 1,862 Mrd. EUR.

## Forderungen

Die Gesamtsumme der Forderungen belief sich zum Jahresende 2009 auf 38,697 Mrd. EUR (2008: 39,190 Mrd. EUR). Sie lag damit um 0,492 Mrd. EUR oder 1,3 % unter dem Vergleichswert des Vorjahres.

### Erläuterungen der Abweichungen vom Bundesvoranschlag in der Voranschlagsvergleichsrechnung (TZ 3.5)

Die veranschlagten Einnahmen und Ausgaben wichen in den einzelnen Rubriken und Untergliederungen in unterschiedlichem Ausmaß vom tatsächlichen Budgetvollzug ab. Gegliedert nach Rubriken werden die Unterschiede zwischen Voranschlag und tatsächlich geleisteten Zahlungen der einzelnen Untergliederungen (Voranschlagsansatz-Abweichungen) von mehr als 50 Mill. EUR ansatzweise erläutert.

Voranschlagsabweichungen vom BVA 2009 von Personal- und Sachausgaben gegliedert nach gesetzlichen Verpflichtungen und Ermessensausgaben

Allgemeiner Haushalt	Voranschlag	Erfolg	Abweichung	
	in Mill. EUR			in %
Personalausgaben	10.675,77	10.496,77	- 179,00	- 1,7
Sachausgaben ohne UG 46	56.491,10	54.063,89	- 2.427,21	- 4,3
Gesetzliche Verpflichtungen	32.780,30	32.593,26	- 187,04	- 0,6
Ermessensausgaben	23.710,80	21.470,63	- 2.240,17	- 9,4
Summe ohne UG 46	67.166,87	64.560,66	- 2.606,21	- 3,9
Sachausgaben UG 46 (Ermessensausgaben)	10.303,01	4.895,56	- 5.407,44	- 52,5
Personalausgaben	10.675,77	10.496,77	- 179,00	- 1,7
Sachausgaben	66.794,10	58.959,45	- 7.834,65	- 11,7
Gesetzliche Verpflichtungen	32.780,30	32.593,26	- 187,04	- 0,6
Ermessensausgaben	34.013,80	26.366,19	- 7.647,61	- 22,5
Summe	77.469,87	69.456,22	- 8.013,65	- 10,3

Quelle: HIS

## Kurzfassung

### Voranschlagsabweichungen von BVA 2009 der Ausgaben und Einnahmen

Rubrik	Bezeichnung	Voranschlag 2009	Erfolg 2009	Abweichung	
		in Mill. EUR		in %	
0,1	<b>Recht und Sicherheit:</b>				
01-06	Oberste Organe	219,46	210,98	- 8,48	- 3,86
10	Bundeskanzleramt	350,32	308,45	- 41,87	- 11,95
11	Inneres	2.343,46	2.305,72	- 37,74	- 1,61
12	Äußeres	435,68	408,60	- 27,07	- 6,21
13	Justiz	1.172,51	1.162,54	- 9,98	- 0,85
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	2.216,57	2.100,80	- 115,77	- 5,22
15	Finanzverwaltung	1.177,90	964,21	- 213,69	- 18,14
16	Öffentliche Abgaben	47,88	48,39	0,51	+ 1,07
	<b>Summe Rubrik 0,1</b>	<b>7.963,78</b>	<b>7.509,68</b>	<b>- 454,10</b>	<b>- 5,70</b>
2	<b>Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:</b>				
20	Arbeit	5.980,23	5.873,73	- 106,50	- 1,78
21	Soziales und Konsumentenschutz	2.255,38	2.220,86	- 34,52	- 1,53
22	Sozialversicherung	8.401,20	8.693,24	292,04	+ 3,48
23	Pensionen	7.793,87	7.634,28	- 159,58	- 2,05
24	Gesundheit	867,24	851,98	- 15,26	- 1,76
25	Familie und Jugend	6.257,83	6.187,99	- 69,84	- 1,12
	<b>Summe Rubrik 2</b>	<b>31.555,74</b>	<b>31.462,08</b>	<b>- 93,66</b>	<b>- 0,30</b>
3	<b>Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:</b>				
30	Unterricht	7.173,06	7.125,37	- 47,69	- 0,66
31	Wissenschaft und Forschung	3.402,93	3.395,28	- 7,65	- 0,22
32	Kunst und Kultur	447,26	436,35	- 10,91	- 2,44
33	Wirtschaft (Forschung)	79,80	76,42	- 3,38	- 4,23
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	349,48	329,62	- 19,86	- 5,68
	<b>Summe Rubrik 3</b>	<b>11.452,53</b>	<b>11.363,04</b>	<b>- 89,48</b>	<b>- 0,78</b>
4	<b>Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:</b>				
40	Wirtschaft	494,28	465,17	- 29,12	- 5,89
41	Verkehr, Innovation und Technologie	2.263,03	2.127,44	- 135,59	- 5,99
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	2.219,06	2.252,38	33,32	+ 1,50
43	Umwelt	825,59	697,92	- 127,67	- 15,46
44	Finanzausgleich	698,86	684,01	- 14,85	- 2,13
45	Bundesvermögen	1.549,27	972,86	- 576,41	- 37,21
46	Finanzmarktstabilität	10.303,01	4.895,56	-5.407,44	- 52,48
	<b>Summe Rubrik 4</b>	<b>18.353,10</b>	<b>12.095,33</b>	<b>-6.257,77</b>	<b>- 34,10</b>
5	<b>Kassa und Zinsen:</b>				
51	Kassenverwaltung	705,84	298,42	- 407,42	- 57,72
58	Finanzierungen, Währungstauschverträge	7.438,88	6.727,67	- 711,21	- 9,56
	<b>Summe Rubrik 5</b>	<b>8.144,72</b>	<b>7.026,09</b>	<b>-1.118,64</b>	<b>- 13,73</b>
	<b>Summe Ausgaben</b>	<b>77.469,87</b>	<b>69.456,22</b>	<b>-8.013,65</b>	<b>- 10,34</b>

Rubrik	Bezeichnung	Voranschlag 2009	Erfolg 2009	Abweichung	
	<b>Einnahmen allgemeiner Haushalt</b>	in Mill. EUR		in %	
0,1	<b>Recht und Sicherheit:</b>				
01-06	Oberste Organe	4,45	4,25	- 0,19	- 4,31
10	Bundeskanzleramt	4,93	3,40	- 1,53	- 31,10
11	Inneres	113,58	110,32	- 3,26	- 2,87
12	Äußeres	3,66	4,25	0,59	+ 16,03
13	Justiz	792,62	802,64	10,02	+ 1,26
14	Militärische Angelegenheiten und Sport	298,54	291,56	- 6,98	- 2,34
15	Finanzverwaltung	293,93	222,77	- 71,17	- 24,21
16	Öffentliche Abgaben	38.761,57	37.637,92	- 1.123,66	- 2,90
	<b>Summe Rubrik 0,1</b>	<b>40.273,29</b>	<b>39.077,10</b>	<b>- 1.196,18</b>	<b>- 2,97</b>
2	<b>Arbeit, Soziales, Gesundheit und Familie:</b>				
20	Arbeit	4.641,16	4.748,22	107,06	+ 2,31
21	Soziales und Konsumentenschutz	10,64	8,65	- 1,99	- 18,67
22	Sozialversicherung	405,40	581,77	176,37	+ 43,50
23	Pensionen	1.475,94	1.590,81	114,87	+ 7,78
24	Gesundheit	56,96	55,71	- 1,25	- 2,20
25	Familie und Jugend	5.672,95	5.585,20	- 87,75	- 1,55
	<b>Summe Rubrik 2</b>	<b>12.263,05</b>	<b>12.570,36</b>	<b>307,31</b>	<b>+ 2,51</b>
3	<b>Bildung, Forschung, Kunst und Kultur:</b>				
30	Unterricht	66,36	80,52	14,16	+ 21,33
31	Wissenschaft und Forschung	10,05	4,21	- 5,84	- 58,12
32	Kunst und Kultur	23,79	19,05	- 4,73	- 19,89
33	Wirtschaft (Forschung)	0,00	0,00	0,00	k.A.
34	Verkehr, Innovation und Technologie (Forschung)	0,01	1,26	1,25	k.A.
	<b>Summe Rubrik 3</b>	<b>100,21</b>	<b>105,05</b>	<b>4,83</b>	<b>+ 4,82</b>
4	<b>Wirtschaft, Infrastruktur und Umwelt:</b>				
40	Wirtschaft	160,46	157,10	- 3,37	- 2,10
41	Verkehr, Innovation und Technologie	194,13	211,99	17,86	+ 9,20
42	Land-, Forst- und Wasserwirtschaft	198,59	221,68	23,09	+ 11,63
43	Umwelt	350,42	325,13	- 25,30	- 7,22
44	Finanzausgleich	451,08	435,98	- 15,10	- 3,35
45	Bundesvermögen	1.505,16	1.462,02	- 43,13	- 2,87
46	Finanzmarktstabilität	170,01	277,13	107,12	+ 63,01
	<b>Summe Rubrik 4</b>	<b>3.029,86</b>	<b>3.091,03</b>	<b>61,17</b>	<b>+ 2,02</b>
5	<b>Kassa und Zinsen:</b>				
51	Kassenverwaltung	8.217,75	7.527,06	- 690,69	- 8,40
	<b>Summe Rubrik 5</b>	<b>8.217,75</b>	<b>7.527,06</b>	<b>- 690,69</b>	<b>- 8,40</b>
	<b>Summe Einnahmen</b>	<b>63.884,16</b>	<b>62.370,60</b>	<b>- 1.513,56</b>	<b>- 2,37</b>
	<b>Saldo Einnahmen/Ausgaben</b>	<b>- 13.585,72</b>	<b>- 7.085,62</b>	<b>6.500,09</b>	<b>- 47,85</b>

Quelle: HIS